

Wirtschaftliche Energiesicherheit muss im Zentrum der EU-Energiestrategie 2020 stehen!

Die kurzfristige Sperrung der Gastransportwege durch Weißrussland ist ein weiteres Warnsignal: Europäische Unternehmen können Ihre Führungsrolle bei innovativen und zukunftsfähigen Technologien nur dann halten und weiter ausbauen, wenn wettbewerbsfähige Energiepreise und Versorgungssicherheit in ganz Europa gewährleistet werden. Voraussetzungen hierfür sind eine abgestimmte Klimaschutzpolitik, der schnelle Ausbau der Energieinfrastruktur und die Sicherung der Rohstoffversorgung durch eine selbstbewusste europäische Energieaußenpolitik. Planungssicherheit für Investitionen kann nur durch eine enge Verzahnung der europäischen und nationalen Strategien erreicht werden. Kosteneffizienz und marktwirtschaftliche Instrumente müssen im Mittelpunkt stehen, damit die „Energiestrategie 2020“ der EU-Kommission die Grundlagen für die Industriegesellschaft des 21. Jahrhunderts legen kann.

Rohstoffversorgung als Fundament des Industriestandortes politisch absichern!

Transparente Märkte und eine gemeinsame und selbstbewusste Energieaußenpolitik sind aufgrund der ungleichen Verteilung der Rohstoffe in der Welt für Europa überlebenswichtig. Die global wachsende Nachfrage gerade in Schwellenländern, steigende Exportsteuern und gleichzeitige Kürzungen der Exportquoten wichtiger Lieferländer sowie neue Risiken durch gestörte Weltmärkte gefährden zunehmend die Versorgung der europäischen Wirtschaft. Gleichzeitig nehmen die Wettbewerbsverzerrungen durch ausländische Staatskonzerne stark zu. Die hohe Abhängigkeit von Importen, gerade bei Öl, Gas und Metallen, verlangt eine stärkere Koordinierung durch die EU, um den freien Zugang zu Rohstoffen zu gewährleisten.

WR-Kernforderungen:

- Neue Energie-Partnerschaften mit Förderländern und stärkere Diversifizierung der Bezugsquellen und Transportwege.
- Stärkere Vernetzung der europäischen und nationalen außenpolitischen Aktivitäten, um Investitionen europäischer Unternehmen international zu unterstützen.
- Wettbewerbsfähige heimische Energieträger durch den Abbau von Förderbeschränkungen konsequent nutzen, um Importabhängigkeiten zu reduzieren.
- Anwendungsorientierte Rohstoff-Forschung ausbauen, um Substitution und Ressourceneffizienz zu verbessern.

Energiekosten durch europäisches Denken senken – effizienteste Standorte in Europa nutzen!

Nicht Politik und die Subventionshöhe in einzelnen Mitgliedsstaaten, sondern alleine die Qualität des Standorts darf über den Einsatz erneuerbarer Energien entscheiden. Fördermechanismen müssen weiter miteinander verlinkt und perspektivisch harmonisiert werden, damit erneuerbare Energien zukünftig an den wirtschaftlichsten Standorten produziert werden. Voraussetzung ist die Schaffung von Rahmenbedingungen zum zügigen Ausbau grenzüberschreitender, flexibler und intelligenter europäischer Energienetze. Der vollständig integrierte Binnenmarkt ist dabei der Schlüssel zu wirtschaftlicher Energiesicherheit und einer fairen und solidarischen Verteilung der Lasten der Umstellung auf eine kohlenstoffarme Energieversorgung.

WR-Kernforderungen:

- Politische Koordinierung sowie administrative Planung und Genehmigung beim Ausbau grenzüberschreitender Energienetze beschleunigen, vereinfachen und harmonisieren.
- Aufstellung solider Rahmenbedingungen für die Finanzierung neuer Infrastrukturen.
- Nationale Fördersysteme erneuerbarer Energien weiter vernetzen und perspektivisch angleichen, um einen Wettbewerb zwischen den Regionen und Technologien zu ermöglichen.
- Europäische Energiemärkte konsequent am Wettbewerb ausrichten und technische, rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen für ein echtes „Level-Playing-Field“ umsetzen.

Strukturwandel mit Augenmaß – Umbau statt Abbau des industriellen Kerns Europas!

Hohe Energiepreise schränken zusehends die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen energieintensiven Industrien gegenüber der starken Konkurrenz auf den globalen Märkten ein. Angesichts der dramatischen Lage auf den Wirtschafts- und Finanzmärkten gehören insbesondere die zusätzlichen - durch politisches Handeln - entstandenen Belastungen auf den Prüfstand. Dringend erforderlich ist die konsequente Orientierung von CO₂-Minderungsmaßnahmen am Kosten-Nutzen-Verhältnis. Neue Milliardenbelastungen durch die beschlossene Ausweitung des Emissionshandels dürfen gerade jetzt nicht zur Wachstumsbremse des industriellen Kerns werden. Ungleiche Geschwindigkeiten der nationalen Klimaschutzpolitik müssen verhindert werden, um nicht durch Doppelbelastungen wichtige Industriestandorte zu gefährden.

WR-Kernforderungen:

- Keine Erhöhung des akzeptierten und wirtschaftlich vertretbaren EU-Minderungsziels von 20 % bis 2020, ohne dass ein globales und faires Klimaabkommen in Kraft tritt.
- Verhinderung weiterer Wettbewerbsverzerrungen durch Rücknahme des unkonditionierten politischen Klimaschutzziels in Deutschland von 40 % auf 30 % bis die EU aufstockt.
- Planungssicherheit für energieintensive Unternehmen durch schnelle Festlegung funktionierender Ausgleichsmechanismen und Kompensationen beim EU-Emissionshandel.
- Doppelbelastungen der Industrie (CO₂-Steuer, Emissionshandel, EEG, Ökosteuern) vermeiden, indem Wechselwirkungen klimapolitischer Instrumente auf den Prüfstand kommen.
- Vorrang für marktconforme Maßnahmen statt dirigistischer Eingriffe durch die Politik.

Innovationen als Wachstumschance begreifen – Energiemix diskriminierungsfrei gestalten!

Europa muss mit den erneuerbaren Energien konsequent auf die Wachstumstreiber der Zukunft setzen, ohne sich den heutigen Realitäten zu verschließen. Bis der erforderliche Wechsel zu einem kohlenstoffarmen Energiesystem vollzogen ist, widerspricht es jeglichem volkswirtschaftlichen Verständnis von ökonomischer Wohlfahrt, sichere und CO₂-arme Kernkraftwerke in Europa abzuschalten. Innovationen und Investitionen dürfen nicht durch zusätzliche Belastungen verhindert werden. Zur Wahrung unserer „Global Leadership“ brauchen wir den Mut, in die Forschung, Entwicklung und Erprobung von Zukunftstechnologien wie E-Mobility und CCS aber auch in die weitere Modernisierung des Kohle- und Gaskraftwerksparks zu investieren. Fehlende Akzeptanz darf nicht zur Deindustrialisierung führen.

WR-Kernforderungen:

- Laufzeiten der Kernkraftwerke müssen sich alleine an deren Sicherheit orientieren.
- Lösung der Endlagerung von radioaktiven Abfällen durch sicheren Rechtsrahmen.
- Öffentliche und politische Akzeptanz für große Investitionsprojekte schaffen.
- EU-Vorgaben für neue Technologien zügig 1:1 in nationales Recht umsetzen.
- Technologieforschung bündeln und an CO₂-Vermeidungskosten ausrichten.



Dr. Johannes Lambertz
Vorsitzender der Bundesfachkommission
Energiepolitik

Vorsitzender des Vorstands
RWE Power AG



Dr. Wolfgang Große Entrup
Vorsitzender der Bundesfachkommission
Umweltpolitik

Leiter des Konzernbereichs
Umwelt & Nachhaltigkeit
Bayer AG

Vorstellung der Bundesfachkommission Energie- und Umweltpolitik

Wirtschaftsrat

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. ist ein bundesweit organisierter unternehmerischer Berufsverband mit derzeit rund 12.000 Mitgliedern. Er bietet Unternehmern seit fast 50 Jahren eine Plattform zur Mitgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards. Er ist rechtlich selbstständig sowie politisch unabhängig und finanziert sich ausschließlich durch die Beiträge der Mitglieder. Der Wirtschaftsrat vertritt die Interessen der unternehmerischen Wirtschaft im unmittelbaren Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern. Er versteht sich als „ordnungspolitisches Gewissen“ Deutschlands und tritt für eine Stärkung des Wettbewerbs ein.

Kommissionsarbeit

Ein wesentlicher Teil der wirtschaftspolitischen Sacharbeit wird in den acht Bundesfachkommissionen sowie den angeschlossenen Arbeitsgruppen geleistet. Zu den ausgewählten Mitgliedern dieser beratenden Gremien zählen Geschäftsführer und Vorstände führender Unternehmen, namhafte

Vertreter der Verbände und der Wissenschaft sowie hochrangige Entscheidungsträger aus der Europa- und Bundespolitik. In den Kommissionen werden aktuelle politische Fragen beraten sowie Handlungsalternativen und Konzepte erarbeitet. Zugleich steht der unmittelbare Dialog mit den Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktionen im Deutschen Bundestag und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments im Mittelpunkt. Alle Sitzungen sind nicht öffentlich.

Dr. Rainer Gerding
Bundesgeschäftsführer
Wirtschafts- und
Gesellschaftspolitik



Bundesfachkommission Energiepolitik

Vorsitzender:
Dr. Johannes F. Lambertz
Vorstandsvorsitzender
RWE Power AG



Die Energiepolitik bleibt 2010 eines der wesentlichen Schwerpunktthemen. Im Mittelpunkt der Diskussion um ein langfristig tragfähiges Energiekonzept für Deutschland werden die Laufzeitverlängerung für die Kernenergie, die richtige Klimaschutzstrategie und der Ausbau der erneuerbaren Energien stehen. „Das Energiekonzept der Bundesregierung muss einen Rahmen für fairen und technologieoffenen Wettbewerb zwischen den Energieträgern setzen. Alle drei energiepolitischen Ziele, Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit sowie Versorgungssicherheit müssen den gleichen Stellenwert haben“, fordert Dr. Johannes Lambertz, Vorsitzender der Bundesfachkommission Energiepolitik und Vorstandsvorsitzender der RWE Power AG. Verbraucher und Energiewirtschaft können zu Recht eine schlüssige Gesamtstrategie einfordern.

Eine ausgewogene Energiepolitik, die den Interessen der Bürger und der Wirtschaft sowie auch der Umwelt gerecht wird, steht im Mittelpunkt der Kommissionsarbeit. Ein wichtiges Thema der nächsten Monate dürfte sein, wie die Laufzeitverlängerung für die deutschen Kernkraftwerke mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und den fossilen Energieträgern in ein energiewirtschaftliches Gesamtkonzept passen. „Erneuerbare Energien, Kernenergie und fossile Energieträger ergänzen einander. Schon heute tragen die Energieversorgungsunternehmen mit dem Geld, das heimische Braunkohle und die deutschen Kernkraftwerke verdienen, wesentlich zum Ausbau der Regenerativen bei. Die Flexibilität der Kernenergie und moderner Kohlekraftwerke eignet sich ideal, um die naturbedingten Schwankungen der Erneuerbaren aufzufangen“, so der Kommissionsvorsitzende.

Wichtig bleiben auch die Bemühungen um ein internationales Abkommen zum Klimaschutz, das die bedeutendsten Industrie- und Schwellenländer einbezieht. Der Ausbau und die Modernisierung der Netzinfrastruktur muss zügig weiter vorangetrieben werden. Energieeffizienz ist einer der Haupthebel, um die Energieversorgung gleichzeitig klimafreundlicher, sicherer und wirtschaftlicher zu gestalten. Hier sind nicht nur gute technische Ideen wie smart grid, smart home, neue Heiz- und Mobilitätskonzepte gefragt. „Schlummernde Potenziale der Energieeffizienz können durch intelligente marktwirtschaftliche Fördermechanismen gehoben werden“, meint Dr. Lambertz.

Mit diesen Themen beschäftigt sich die Kommission 2010:

- Erarbeitung einer schlüssigen nationalen Gesamtstrategie: Ideologiefreie Energie- und Umweltpolitik sicherstellen
- Erhalt eines breiten, ausgewogenen und technologieoffenen Energiemixes: Investitionsstau bei der Modernisierung der Energieinfrastruktur abbauen
- Internationaler Klimaschutz: Was folgt nach Kopenhagen?
- Stärkung der Energieforschung: Mehr Effizienz in der Förderung
- Breit angelegte Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie entwickeln: Technologieoffene Vorgaben zur Erreichung der CO₂-Minderungsziele
- Verbesserung des Wettbewerbs auf den Energiemärkten: Ausbau des EU-Energiebinnenmarkts zum echten „level playing field“
- Intelligente Konzepte zur Förderung der Energieeffizienz
- Mehr Effizienz in der Förderung Erneuerbarer Energien – zeitlich befristete und gedeckelte Anschubfinanzierung statt steigender Dauersubventionen

Betreuung:

Michael Schweizer M.A.
 Fachgebietsleiter für Energiepolitik
 Telefon: (0 30) 2 40 87-214
 Fax: (0 30) 2 40 87-206
 E-Mail: m.schweizer@wirtschaftsrat.de

Bundesfachkommission Umweltpolitik

Vorsitzender:

Dr. Wolfgang Große Entrup

Leiter des Konzernbereichs
 Umwelt & Nachhaltigkeit
 Bayer AG



Deutschland gehört weltweit zu den Vorreitern im Klima- und Umweltschutz - nicht nur in der Schaffung gesetzlicher Grundlagen, sondern vor allem auch durch die Innovationskraft seiner Unternehmen im Bereich der Umweltechnologien. „Umso wichtiger ist es, dass sich deutsche Unternehmen auch künftig auf globalen Märkten behaupten können. Wir brauchen eine Weiterentwicklung in der Umweltpolitik, um wirtschaftliches Wachstum mit Umwelt- und Klimaschutz stärker zu verzahnen. Nur wer integrierte und innovative Lösungen bietet, kann auf beiden Feldern letztlich erfolgreich sein“, so die Auffassung von Dr. Wolfgang Große Entrup, Leiter des Konzernbereichs Umwelt & Nachhaltigkeit der Bayer AG und Vorsitzender der Bundesfachkommission Umweltpolitik.

Die Mitglieder der Bundesfachkommission Umweltpolitik repräsentieren die gesamte Breite der deutschen Industrie. Gemeinsam mit Vertretern aus Wissenschaft und Politik beraten sie über die Ausgestaltung einer nachhaltigen Umweltpolitik. In der Abfallwirtschaft liegt der Fokus auf der Herstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen öffentlichen und privaten Entsorgern sowie einer stärkeren Wiedergewinnung wertvoller Rohstoffe. Für die Anwendung von Bio- und Nanotechnologien kann sich Deutschland keinen Stillstand oder ein ständiges Hinhalten erlauben. Das wäre das größte Risiko,

denn dann werden enorme wirtschaftliche Chancen verpasst und die Beiträge zur sicheren Handhabung dieser Zukunftstechnologien verweigert. Alle umweltpolitischen Maßnahmen sind auf ihre Kosten, Wirksamkeit und Effektivität hin zu überprüfen. Dies gilt insbesondere für das integrierte Energie- und Klimaprogramm (IEKP) der Bundesregierung, dass zügig weiterentwickelt werden muss.

Die Mitglieder der Bundesfachkommission Umweltpolitik werden im Jahr 2010 zu folgenden weiteren Themen beraten:

- Innovative CO₂-Minderungsstrategien: Anforderungen an Wirtschaft und Politik
- Ideologiefreie Akzeptanzpolitik für Bio- und Nanotechnologien: Technologiestandort Deutschland stärken
- Mehr Wirtschaftlichkeit und Effektivität: Integriertes Energie- und Klimaprogramm (IEKP) auf dem Prüfstand
- Aktive Rohstoff- und Ressourcenstrategie: Fundament für den Industrie- und Innovationsstandort Deutschland
- Tempo bei energetischen Sanierungen: Flexibilisierung des Mietrechts und Vereinfachung der Förderprogramme
- Harmonisierung mit Augenmaß: Wettbewerb in der Wasser- und Abfallwirtschaft sicherstellen

Die Kommission beschäftigt sich zudem in zwei Arbeitsgruppen mit aktuellen Themen aus den Bereichen „Immobilienwirtschaft und Stadtentwicklung“ sowie „Internationale Klimaschutzpolitik“.

Betreuung:

Claudia Gellert LL.M., LL.M. oec.
 Fachgebietsleiterin für Umweltpolitik,
 Immobilienwirtschaft und Stadtentwicklung
 Telefon: (0 30) 2 40 87-219
 Fax: (0 30) 2 40 87-206
 E-Mail: c.gellert@wirtschaftsrat.de